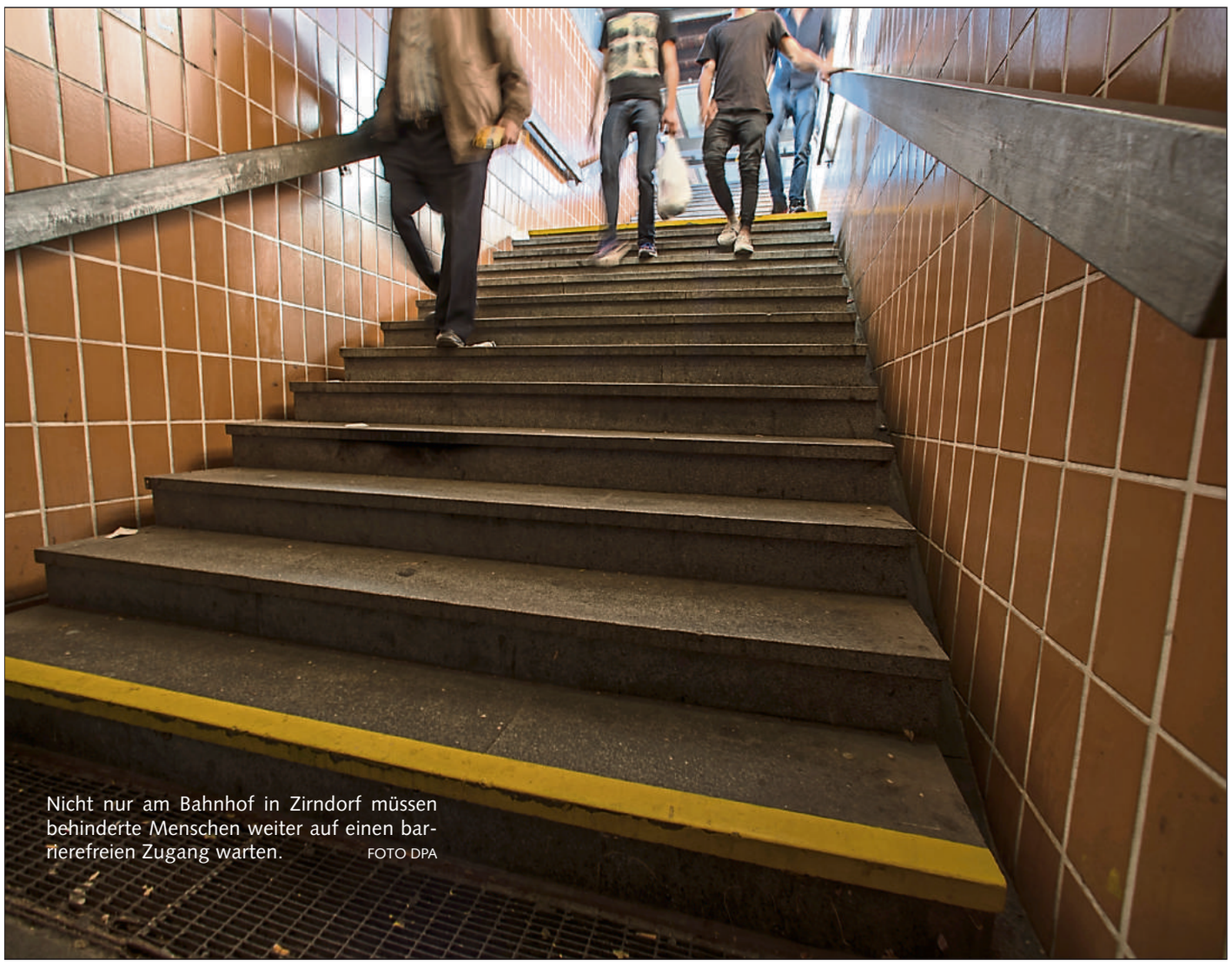

Nicht nur am Bahnhof in Zirndorf müssen behinderte Menschen weiter auf einen barrierefreien Zugang warten. FOTO DPA

Nur 39 Prozent aller Bahnhöfe in Bayern sind barrierefrei

Für sie SPD-Fraktion ist das Projekt „Bayern barrierefrei bis 2023“ gescheitert. „Horst Seehofer hat 2013 großspurig verkündet, dass bis 2023 Bayern komplett barrierefrei sein wird“, klagt **Ilona Deckwerth** (SPD). Doch als die Sprecherin für Menschen mit Behinderung jetzt genauer bei der Staatsregierung nachfragte, habe sie nur „Ausflüchte und erschreckende Zahlen“ zu hören bekommen.

Laut Sozialministerium sind bisher bayernweit 39 Prozent aller Bahnhöfe barrierefrei – fünf Prozent mehr als im Jahr 2014. Die Anzahl sei aber weniger entscheidend, als die Zahl der an ausgebauten Stationen erreichten Menschen im Freistaat. So wurden 71 Prozent der Fahrgäste im Schienenpersonennahverkehr erreicht, heißt es in der Antwort. Ein Blick in die Regierungsbezirke offenbart allerdings große Unterschiede.

Nach Angaben des Ressorts von Sozialministerin Müller ist in Oberbayern fast jeder zweite Bahnhof barrierefrei – in Mittelfranken sind es sogar 54 Prozent. In der Oberpfalz sind es hingegen lediglich 30 Prozent, in Schwaben sogar nur 20 Prozent aller Stationen. Dieses Jahr seien aber weitere Bahnhöfe behindertengerecht ausgebaut worden, die in der Statistik noch nicht erscheinen, schreibt das Ministerium.

Ob das Ziel „Bayern barrierefrei bis 2023“ eingehalten wird, kann das Ministerium nicht sagen. Für den behindertengerechten Ausbau sei die Bahn, für die Finanzierung der Bund zuständig. Im Übrigen handele es sich bei dem Projekt um ein „freiwilliges Engagement“ der Staatsregierung. Bis 2021 soll aber der Anteil der Fahrgäste, die an einem barrierefreien Bahnhof ein- oder aussteigen, im Vergleich zu heute um elf auf 82 Prozent steigen.

Belastbare Zahlen, wie weit Schulen, Kitas, Krankenhäuser, Arztpraxen, Wohnungen oder Hotels behindertengerecht ausgebaut sind, liegen dem Müller-Ressort nicht vor. Eine schriftliche Anfrage von **Markus Ganserer** (Grüne) an das Verkehrsministerium ergab, dass es auch keine Informationen darüber gibt, wie viele Bushaltestellen an Bundes- und Staatsstraßen noch umgebaut werden müssen. Der Bestand soll erst ab nächstem Jahr erfasst werden, konkrete Maßnahmen dann mit Verkehrsunternehmen und Kommunen diskutiert werden.

Für die SPD-Abgeordnete Deckwerth ist das Unwissen peinlich – vor allem, weil sich die Staatsregierung speziell Barrierefreiheit an den Schulen auf die Fahnen geschrieben hat. „Wenn die CSU in diesem Schneckentempo weitermacht, wird es noch ewig dauern“, schlussfolgert sie. „Sich damit herauszureden, dass 71 Prozent der Bayern an einem barrierefreien Bahnhof ein- und aussteigen, nützt den Menschen gar nichts, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind und zufällig einen der nicht-barrierefreien Bahnhöfe im Ort haben – und das sind immerhin 61 Prozent aller Bahnhöfe.“ TEXT LOH/FOTO DPA

NACHGEHAKT | Abgeordnete fragen, Ministerien antworten

Fahrpläne, Nebenjobs, Radlunfälle, kostenlose Kitas

AKW Gundremmingen läuft trotz Defekt weiter

Am 1. September wurde im Block B des Atomkraftwerks Gundremmingen eine der 8 Pumpen aufgrund von Hinweisen aus der betrieblichen Überwachung auf einen Defekt an einer Dichtung abgeschaltet. **Christine Kamm** (Grüne) hakte jetzt bei der Staatsregierung nach, wann die Pumpe wieder in Betrieb genommen wurde.

Gar nicht, antwortet das Umweltministerium. „Der Block B wird bis zur kommenden Abschaltung mit sieben Kühlmittelumwälzpumpen und entsprechend geringerer Leistung betrieben.“ Ein Defekt oder Ausfall einer Pumpe habe keine sicherheitstechnische Auswirkung auf den Kraftwerksbetrieb.

Christine Kamm (Grüne) sorgt sich um die Sicherheit der Menschen in der Nähe des AKW Gundremmingen. FOTO BSZ

Kamm sieht das anders: „Das ist Irrsinn“, sagt sie. „Solange ein Reaktor in Betrieb ist, braucht er eine vollumfänglich funktionierende Sicherheitstechnik.“ Sie fordert, den Defekt umgehend zu beheben. „Wenn das nicht geschieht, wird es für die Menschen in der Umgebung richtig gefährlich.“

Viele Polizeibeamte haben einen Nebenjob

Für **Peter-Paul Gantzer** (SPD) stehen die Gehälter bei der Polizei in keinem Bezug mehr zu den Lebenshaltungskosten in Ballungsräumen. Er fragte daher bei der Staatsregierung nach, wie viele Polizisten bereits einem Nebenjob nachgehen müssen.

Das Innenministerium schreibt, 4967 Beamte (zwölf Prozent) gingen einer Nebentätigkeit nach. Allein 1233 der Polizisten mit Nebenjobs gehören dabei dem Polizeipräsidium München an. Auch im Polizeipräsidium Mittelfranken und

Zwölf Prozent der Polizeibeamten haben eine Nebentätigkeit. FOTO DPA

damit im Ballungsgebiet Nürnberg gibt es 632 Beamte mit Nebenjob. Vor allem in den unteren Besoldungsgruppen A8 (2390 Euro bis 3080 Euro brutto monatlich) und A9 (2510 Euro bis 3251 Euro brutto monatlich) ist die Zahl der Nebenjobber laut Ministerium groß. Allerdings fallen unter die Nebentätigkeiten auch Betreuung von Angehörigen, Kinder- und Jugendarbeit oder kommunale Ehrenämter.

Polizisten, die in großen Städten eingesetzt werden, bekommen zusätzlich eine Ballungsraumzulage von rund 80 Euro, für jedes Kind gibt es zusätzlich 21 Euro. Gantzer sieht hier dringenden Handlungsbedarf: „Die Verdoppelung der Ballungsraumzulage ist seit Jahren überfällig.“

Bürger sollen künftig bei Fahrplänen mitreden dürfen

Jeder Fahrplanwechsel im öffentlichen Personennahverkehr bringt viele Veränderungen mit sich – nicht alle davon sind immer im Sinne der Fahrgäste. In Thüringen und Sachsen-Anhalt werden die Fahrplanentwürfe daher vor der Umstellung veröffentlicht. Dadurch haben Bürger die Möglichkeit, rechtzeitig Anregungen und Hinweise anzubringen. Wäre das nicht auch in Bayern eine tolle Idee?, fragte **Hans Jürgen Fahn** (Freie Wähler) die Staatsregierung.

Laut Verkehrsministerium bindet die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) zwar schon jetzt regelmäßig Landkreise, Fahrgastverbände und Bürger in ihre Planungen mit. Doch das Ministerium hält die in den zwei ostdeutschen Bundesländern praktizierte Kundeneinbindung bei der Fahrplanerstellung „insbesondere bei größeren anstehenden Fahrplanänderungen für sinnvoll“. „Eine darüber hinausgehende frühzeitige Einbindung der Nahverkehrskunden im Rahmen der Fahrplanerstellung analog zu den Bundesländern Thüringen und Sachsen-Anhalt wird angestrebt“, heißt es in der Antwort.

Ministerium muss rechte Gruppen googeln

Florian Ritter (SPD) sorgt sich um die gestiegene Bedeutung der rechtsextremen Musikszene. „Wer sich damit beschäftigt, der weiß, wie wichtig die Rechtsrock-Konzerte für Einstieg, Vernetzung und Radikalisierung der Anhänger sind“, erklärt der Abgeordnete. Er hakte daher nach, was die Staatsregierung über die Szene weiß.

Seit 2014 hat das Innenministerium Kenntnis über 27 rechtsradikale Musikveranstaltungen in Bayern. Und an dem Konzert „Rock gegen Überfremdung“ am 15. Juli in Themar (Thüringen) hätten rund 300 bayerische Neonazis teilgenommen, von denen 100 der Partei „Der Dritte Weg“ zuzuordnen sind. Viel mehr ist allerdings nicht bekannt. In den Antworten nach weniger populären rechten Gruppierungen wird einmal lediglich vom *Facebook*-Auftritt zitiert und für den vermuteten Besuch bei einem „Blood and Honour“-Konzert im Ausland ein Pressebericht herangezogen.

Rechtsrock-Konzerte dienen der Vernetzung und Radikalisierung junger Menschen, sagt Florian Ritter (SPD). FOTO BSZ

Ritter hält es für wahrscheinlich, dass es etliche rechtsextreme Gruppen gibt, die bisher in keinem Verfassungsschutzbericht Erwähnung fanden und die Bevölkerung bisher in Unkenntnis gelassen wurde. Das Ressort von Innenminister Joachim Herrmann müsse daher dringend besser beobachten und aufklären. „Nur wer die Bedrohungen auch kennt, kann auf sie reagieren.“

15 Prozent mehr Fahrradunfälle in Bayern

Einer von 16 057 Radl-Unfällen in Bayern in 2016. FOTO DPA

Nachdem 2016 in Deutschland 349 Radler bei Unfällen gestorben sind, sorgt sich SPD-Fraktionschef **Markus Rinderspacher** um die Sicherheit von Radlfahrern. „Wie viele Unfälle haben sich in Bayern ereignet?“, wollte er von der Staatsregierung wissen.

Laut den Zahlen des Verkehrsministeriums ist die Zahl der Fahrradunfälle in den letzten Jahren um 15 Prozent gestiegen – von 13 935 in 2012 auf 16 057 in 2016. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. Allein letztes Jahr gab es 68 Getötete und 14 687 Verletzte infolge von Radlunfällen. Schuld sind in rund zwei Dritteln aller Fälle die Radfahrer – Tendenz steigend.

Besonders stark angestiegen sind laut Verkehrsminister Joachim Herrmann (CSU) die Unfälle, an denen sogenannte Pedelecs und Elektroräder beteiligt waren: von 208 im Jahr 2012 auf 758 im Jahr 2016 – das sind stolze 264 Prozent.

„Die Staatsregierung unterstützt daher ein Projekt der Landesverkehrswacht Bayern zur Handhabung und zum sicheren Umgang mit Pedelecs“, heißt es in der Antwort.

Rinderspacher fordert zur Unfallprävention eine bessere Fahrradausbildung und Verkehrssicherheitserziehung sowie mehr Fahrradstraßen und das Radfahren auf der Fahrbahn. Und: „Ein Fahrradhelm kann im entscheidenden Augenblick Leben retten.“

Kostenlose Kita? Gibt's in Bayern auch künftig nicht

Können Eltern neben dem letzten kostenfreien Kindergartenjahr künftig auch in Bayern für die gesamte Kita-Zeit mit einer kostenfreien Betreuung rechnen? Das wollte Freie Wähler-Chef **Hubert Aiwanger** in einer Anfrage an die Staatsregierung wissen.

Wohl nicht. Der weitere Ausbau der Kinderbetreuung und Qualitätsverbesserungen hätten „Vorrang“, antwortet das Sozialministerium. Finanzschwache Familien könnten aber bereits jetzt Unterstützung erhalten: „Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernimmt die Elternbeiträge ganz oder teilweise, wenn diese den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten sind.“ Auch würden Kommunen Eltern mit geringem Einkommen nicht selten vom Elternbeitrag befreien.

Aiwanger ist mit der Antwort nicht zufrieden. „Viele Eltern werden die von der Staatsregierung angepriesene Jugendhilfe nicht in Anspruch nehmen, weil die Hürden teils zu hoch sind und die Scham, dies zu beantragen, zu groß ist.“ Der Ausbau von Betreuungsplätzen und Kostenfreiheit dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. „Bayern benötigt drin-

Viele Eltern schämen sich, die Jugendhilfe für Kitas in Anspruch zu nehmen, glaubt Hubert Aiwanger (FW). BSZ

gend genügend Betreuungsplätze – und die müssen kostenfrei sein.“

Die Freien Wähler fordern mehr und vor allem kostenlose Kita-Plätze. DPA

784 ehrenamtliche Naturschutzwächter

Die Naturschutzwacht hütet, schützt und pflegt die Natur in Bayern. **Christian Magerl** (Grüne) wollte wissen, wie viele Naturschutzwächter es gibt und wie die Staatsregierung die Ehrenamtlichen unterstützt.

Kümmert sich um die Landschaftspflege: die Naturschutzwacht. DPA

784 Personen, antwortet das Umweltministerium. Die meisten Aktiven gebe es mit 76 Personen im Landkreis Bad-Tölz-Wolfratshausen. Dem gegenüber stehen insgesamt zehn Landkreise und kreisfreie Städte ganz ohne Naturschutzwacht und diverse Landkreise mit lediglich einer einstelligen Zahl an Aktiven. Die Aufwandsentschädigung schwankt laut Ministerium zwischen 6,50 Euro und 8,20 Euro pro Stunde. Kostenlose Dienstkleidung ist nicht vorgesehen.

Magerl ist mit der Antwort unzufrieden: Die Naturschutzwache habe es verdient, besser gefördert zu werden. Er verlangt eine angemessene Aufwandsentschädigung, einheitliche Dienstkleidung und entsprechendes Zubehör wie Ferngläser. „Die CSU-Regierung schafft es nicht mal, einen neuen Dienstausweis einzuführen, weil die Änderung der Verordnung so viel Zeit brauche.“ > DAVID LOHMANN